

PARALLELE THEMENWERKSTÄTTEN

DIALOGSTRUKTUREN NACHHALTIG VERANKERN

Samstag, 15. September 2018, 10.15 bis 12.30 Uhr

1. Brücken bauen & Perspektiven eröffnen. Kommunale Partizipationsbeauftragte als Vermittler/innen in der Bürgerbeteiligung

Impuls und Moderation: Dirk Lahmann, Bundesstadt Bonn

Elisabeth Baden-Prahl, Landeshauptstadt Hannover

Immer mehr Kommunen setzen Verwaltungsmitarbeiter/innen ein, deren Aufgabe es ist, die Bürgerbeteiligung vor Ort voranzubringen und strategisch (weiter) zu entwickeln. Das Tätigkeitsspektrum dieser »Kommunalen Partizipationsbeauftragten« ist weit, denn sie müssen die verschiedenen Akteursgruppen untereinander und miteinander in den Diskurs bringen und dafür sorgen, dass gute Ansätze für die Bürgerbeteiligung in der Kommune und auch im Rahmen einzelner Beteiligungsprozesse gefunden werden. Die Partizipationsbeauftragten vermitteln zwischen unterschiedlichen »Welten« und Akteursgruppen. Sie wirken in die Stadtgesellschaft, die Politik und in die eigene Verwaltung hinein, denn alle müssen mitmachen, um Beteiligung zum Gelingen zu bringen. Ein schwieriges – und nicht selten konfliktreiches – Unterfangen, in dem die Partizipationsbeauftragten zum Teil »zwischen allen Stühlen« sitzen. Doch was heißt das konkret? Welche Aufgaben sind zu bewältigen? Wo liegen die Herausforderungen? Und: Wie kann es gelingen in der kommunalen Bürgerbeteiligung Brücken zu bauen und Perspektiven zu eröffnen? Hierüber berichten Elisabeth Baden-Prahl und Dirk Lahmann in dieser Themenwerkstatt und diskutieren mit den Teilnehmer/innen über die Ausgestaltung von Dialogprozessen in der kommunalen Bürgerbeteiligung.

2. Es braucht die Bereitschaft zum Konflikt! Partizipation & Konfliktbearbeitung fördern Innovationsprozesse in der Kommune

Impuls und Moderation: Hagen Berndt, Gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Salzwedel

Kommunen spüren als erstes und unmittelbar die Folgen gesellschaftlicher Konflikte. Sie sind so etwas wie Indikatoren für die komplexen Problemstellungen in unserer Gesellschaft. Doch welche Entscheidungsträger/innen beschäftigen sich gerne damit? Dabei wäre es äußerst sinnvoll, sich frühzeitig der Probleme anzunehmen: Konflikte bieten – wenn sie erkannt und bearbeitet werden – vielfältige Chancen und können die kommunale Entwicklung entscheidend voranbringen, denn sie mobilisieren und bieten Anlass zur Kommunikation.

Der Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung setzt genau hier an. Zunächst werden die Problemstellungen und Schwierigkeiten aus Sicht aller relevanten Akteure herausgearbeitet und aus diesen Daten eine Systemische Konfliktanalyse erstellt. Im Spannungsfeld gegenseitiger Vorwürfe und Frustrationen wird dabei oftmals deutlich, dass sich alle Seiten als Opfer einer Situation wahrnehmen, in der die jeweils anderen falsch handeln. Die Konfliktanalyse ist somit Ausgangspunkt dafür, die Konflikte auf unterschiedlichen Wegen und in verschiedenen Akteurskonstellationen zu bearbeiten. Die Menschen kommen ins Gespräch, schätzen Situationen neu ein und entwickeln neue Handlungsoptionen für die anstehenden Fragestellungen.

Hagen Berndt berichtet in dieser Werkstatt über den Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung und über Anwendungserfahrungen in verschiedenen deutschen Kommunen. Den Schwerpunkt legt er dabei auf seine Arbeit im Norden Sachsen-Anhalts. Wie andere Gegenden Deutschlands hat auch diese Region in den letzten Jahrzehnten mit wirtschaftlicher und politischer Transformation, Abwanderung und demographischem Wandel tiefgreifende Veränderungen erlebt, die sich auch im Zusammenleben in den ländlichen Kommunen widerspiegeln. Gemeinsam mit den Teilnehmer/innen werden in der Werkstatt die Anwendungsmöglichkeiten, Chancen, Hemmnisse und Perspektiven dieses Ansatzes diskutiert und in Verbindung zu den Erfahrungen der Teilnehmer/innen gesetzt.

3. Konkurrenz oder wechselseitige Ergänzung? Informelle Öffentlichkeitsbeteiligung und formelle Beteiligung in Genehmigungsverfahren

Impuls: Dr. Volker Brennecke, Geschäftsführer »Technik im Dialog«, Verein Deutscher Ingenieure (VDI), Düsseldorf

Moderation: Hanns-Jörg Sippel, Vorstandsvorsitzender Stiftung Mitarbeit, Bonn

Die informelle Öffentlichkeitsbeteiligung mit ihren dialogorientierten Teilnahmeverfahren hat in staatlichen Genehmigungsverfahren nicht den Stellenwert, den sie verdient. Das liegt nicht zuletzt daran, dass das Verhältnis zwischen informellen und staatlichen Verfahren ungeklärt ist. Viele Akteure sehen informelle und formelle Öffentlichkeitsbeteiligung in einer Konkurrenzbeziehung. Die eine Seite kann nur zu Lasten der anderen gestärkt werden, so die Überzeugung. Politik und Verwaltung befürchten beispielsweise, dass informelle Verfahren die gesetzlich geregelten Entscheidungsverfahren aushöhlen oder sogar faktisch ersetzen könnten. Es ist nicht verwunderlich, dass sie Dialoge deshalb nicht wirklich wirksam einsetzen, sondern nur als »Placebo« nutzen. Manche Bürgerinitiativen wiederum reklamieren für sich die legitime Entscheidungsmacht und sprechen sie dem Staat rundweg ab. Beide Seiten haben nicht im Blick, dass sich Verantwortung und Leistungsfähigkeit informeller und staatlicher Verfahren stark unterscheiden. Das zeigt sich beispielhaft bei Planfeststellungsverfahren von Infrastrukturvorhaben. Erst wenn die Schnittstelle zwischen informellen und formellen Verfahren besser gestaltet wird, kann das Zusammenspiel gelingen.

In der Werkstatt diskutiert Volker Brennecke mit den Teilnehmer/innen sowohl konzeptionell als auch an praktischen Beispielen aus dem Infrastrukturbereich (z.B. Straßenbau, Schiene, Netzausbau), wie sich beide Verfahrenstypen wechselseitig ergänzen können und welche Perspektiven der Gestaltung (rechtlich, politisch, planerisch) dazu sinnvoll sind.

4. Direkte Demokratie: Motor oder Bremse einer lokalen Dialogkultur?

Impuls und Moderation: Dr. Christine von Blanckenburg, nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH, Berlin

Unsere parlamentarische Demokratie ist in der Krise. Viele Menschen fühlen sich abgehängt und nicht repräsentiert. Populistische Parteien erhalten immer mehr Aufmerksamkeit und Zuspruch. Als Reaktion hierauf haben sich verschiedene Initiativen gebildet, die Demokratiereformen fordern – z.B. den Ausbau direkter Mitbestimmungsmöglichkeiten. Direktdemokratische Instrumente sind aber nicht unumstritten. Vor allem der Brexit hat gezeigt, wie problematisch polarisierende Auseinandersetzungen im Vorfeld der Abstimmungen und die letztendlichen Entscheidungen sein können.

Gibt es bei Bürgerentscheiden in deutschen Kommunen vergleichbar negative Erfahrungen oder zeigt die direkte Demokratie auf der kommunalen Ebene und unter anderen gesetzlichen Rahmenbedingungen ein viel freundlicheres Gesicht? Christine von Blanckenburg beleuchtet in dieser Werkstatt die Möglichkeiten, Chancen und Grenzen der direkten Demokratie: Ist sie Motor oder Bremse einer lokalen Dialogkultur? Anhand von Beispielen diskutiert die Referentin diese Frage mit den Teilnehmer/innen. Dabei werden Stärken und Schwächen der direkten Demokratie sowie die Möglichkeiten der Kombination deliberativer Verfahren mit Bürgerentscheiden in den Blick genommen.

5. Bürgerkommune konkret. Handlungsmöglichkeiten & Perspektiven für ein neues Zusammenspiel der kommunalen Akteure

*Impuls und Moderation: Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal
Marion Stock, Stiftung Mitarbeit, Bonn*

Die Idee der Bürgerkommune ist bereits 20 Jahre alt und sie ist lebendiger und aktueller als je zuvor – auch wenn sie immer mal wieder für tot erklärt wurde. Die Langlebigkeit der Bürgerkommune lässt sich vor allem dadurch erklären, dass sie Städten und Gemeinden eine demokratische Zukunftsperspektive bieten kann. Wenn sonst von kommunalen Leitbildern die Rede ist, werden vor allem einzelne Handlungsfelder betont. Hierzu gehören beispielsweise Dienstleistungskommune, »nachhaltige« Kommune, smart City oder gar »unternehmerische« Stadt.

Die Bürgerkommune wählt einen übergreifenden, demokratiefördernden Zugang. Sie sieht die Gestaltung der Kommune als Gemeinschaftsaufgabe, die alle Akteure in den Diskurs bringen möchte, um gute Lösungen für die anstehenden Herausforderungen zu finden und ein stabiles Gemeinwesen zu erlangen. Verwaltung, Politik, Einwohner/innen, Vereine und Organisationen sowie die örtliche Wirtschaft sind also gleichermaßen gefragt. Auch räumlich ist die Bürgerkommune flexibel: Sie hat sowohl für ländliche Gemeinden wie für kleinere und größere Städte bewährt.

Doch wie kann eine Bürgerkommune konkret realisiert werden? Wie soll der Weg hin zur Bürgerkommune ausgestaltet werden? Wie können die Akteure in den Diskurs gebracht werden? Was macht eigentlich eine Bürgerkommune aus? Und welches sind mögliche und sinnvolle Bausteine einer Bürgerkommune? Und nicht zuletzt: Wo liegen mögliche Chancen, Herausforderungen und Grenzen? Diese Fragen diskutieren Roland Roth und Marion Stock zusammen mit den Teilnehmer/innen in dieser Werkstatt.

PARALLELE PROJEKTWERKSTÄTTEN

DIALOGE PRAKTISCH GESTALTEN

Samstag, 15. September 2018, 15.30 bis 17.30 Uhr

1. Salz & Suppe – Ein neuer Ansatz zur milieuübergreifenden Bürgerbeteiligung

*Impuls und Moderation: Birgit Kastner & Ulrich Dilger, Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung,
Landeshauptstadt Stuttgart*

Bürgerbeteiligung braucht die Mitwirkung aller relevanten Akteure und Zielgruppen. Doch wie können Dialoge so gestaltet werden, dass sie möglichst die ganze Bandbreite von Interessen und Meinungen einbeziehen? Wie gelingt die Ansprache verschiedener Zielgruppen und die Kommunikation über bestehende gesellschaftliche Milieus und räumliche Grenzen hinweg? Und wie können damit zugleich ein Beitrag für ein besseres Zusammenleben in der Stadt und neue Ideen für die Stadt- und Quartiersentwicklung generiert werden?

Birgit Kastner und Ulrich Dilger nehmen sich der Projektwerkstatt diesen Fragen an. Sie stellen die von ihnen im Rahmen des Projekts »Salz & Suppe« entwickelte und im Stuttgarter Stadt- bzw. Sozialraum experimentell erprobte Methodik vor. Gemeinsam mit den Teilnehmer/innen diskutieren sie über ihre Erfahrungen. Im Fokus stehen dabei die Herausforderungen und Potenziale, wie auch die Übertragbarkeit des Ansatzes.

2. Richtlinie für Jugendbeteiligung – Bringt mitgestaltende Beteiligung junger Menschen Rastatt in Bewegung?

Impuls: Florian Seeland, Jugendbeteiligungsreferent, Stadt Rastatt

Moderation: Annica Starke-Mutschler, Stiftung Mitarbeit, Bonn

Junge Menschen sind eine wichtige Zielgruppe, wenn es um die Zukunftsfähigkeit von Kommunen geht. Zugleich möchten Jugendliche einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung ihrer Kommune leisten, insbesondere dort, wo ihre unmittelbare Lebenswelt von Planungen und Vorhaben berührt ist. Daher suchen viele Kommunen nach wirkungsvollen Wegen und Möglichkeiten, junge Menschen verstärkt in die Mitgestaltung und Entwicklung der Kommune einzubeziehen: Wie können sie für Beteiligung aktiviert werden? Wie kann ihr Interesse an Planungsprozessen und kommunalpolitischen Entscheidungen geweckt und Spaß an politischer Partizipation gefördert werden? Und wie lässt sich Jugendbeteiligung systematisch und nachhaltig in einer Kommune verankern?

Die Stadt Rastatt hat sich auf den Weg gemacht und in einem Arbeitskreis unter Beteiligung von jungen Menschen und von Vertreter/innen der Verwaltung und Politik die »Richtlinie für Jugendbeteiligung« erarbeitet. Sie versucht Antworten auf die genannten Fragen zu geben und wurde am 24.04.2017 vom Gemeinderat einstimmig verabschiedet.

In der Werkstatt stellt Florian Seeland die Entwicklung und zentralen Aspekte der Richtlinie vor und berichtet von seinen Erfahrungen bei deren Umsetzung und ihrer bisherigen Wirkung. Gemeinsam mit den Teilnehmenden diskutiert er darüber, wie aufgrund der Richtlinie Dialoge zwischen Jugendlichen und anderen kommunalen Akteursgruppen in Rastatt gestaltet werden und gelingen, inwiefern sich dadurch neue gesellschaftliche Perspektiven eröffnen und welche Strukturen, Prozesse und Ressourcen dafür notwendig sind.

3. Landkreis Emsland – Den demografischen Wandel im ländlichen Raum gemeinsam gestalten

Impuls: Walter Pengemann, Demografiebeauftragter, Landkreis Emsland

Moderation: Katharina Mehring, Projektbüro pro-t-in, Lingen

Der demografische Wandel stellt viele Kommunen vor neue Herausforderungen. So auch den niedersächsischen Landkreis Emsland, eine geografisch eher abgelegene, ländliche und zugleich erfolgreiche und wohlhabende Region. Durch die gesellschaftlichen Veränderungen geraten bislang noch gut funktionierende Strukturen z.B. in der Daseinsvorsorge, Mobilität, Selbst- und Nachbarschaftshilfe sowie die soziale Infrastruktur und der gesellschaftliche Zusammenhalt unter Druck. Und insbesondere im ländlichen Raum wird deutlich, dass diese Herausforderungen nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort gemeistert werden können. Der Landkreis Emsland setzt daher sehr intensiv auf die Stärkung der Dorfgemeinschaften durch Aktivierung und Beteiligung der Bewohner/innen und Förderung des Engagements.

Walter Pengemann stellt in der Projektwerkstatt Inhalte des Projekts »Demografiewerkstatt Kommunen« mit seinen verschiedenen erfolgreich eingesetzten Formen und Instrumenten der Bürgerbeteiligung (z.B. Dorfdialog, EmslandDorfPlan) vor und zeigt auf, welche Rolle der Landkreis und Vernetzung dabei spielen, Dörfer und Strukturen – möglichst kreisweit – mittels Dialogen »fit für die Zukunft« zu machen. Mit den Teilnehmenden diskutiert er darüber, welche Strukturen, Prozesse und Ressourcen notwendig sind, um in den Dörfern und im Landkreis verschiedene Akteursgruppen miteinander ins Gespräch zu bringen und neue gesellschaftliche Perspektiven zu eröffnen.

4. Helping Hands – Integration und Unterstützung durch Selbstorganisation von Geflüchteten

Impuls: Kibreab Habtemichael, Leiter von Helping Hands, Viernheim
Moderation: Eva-Maria Antz, Stiftung Mitarbeit

Die demokratische Teilhabe – politische Partizipation – von Geflüchteten ist ein wichtiger und häufig vernachlässigter Aspekt von Integration. Aufgrund ihres rechtlichen Status spielen vor allem informelle Formen der Beteiligung – wie z.B. die Selbstorganisation – eine zentrale Rolle dabei, Interessen und Perspektiven von Geflüchteten vor Ort mit einzubringen. In Viernheim haben sich dazu 2014 die Helping Hands im Rahmen des Integrationsprojekts »Ich bin ein Viernheimer« gegründet. Mit ihrem eigenen Integrationsbüro und ihren Aktivitäten sind sie ein zentrales Bindeglied zwischen Geflüchteten und anderen kommunalen Akteuren und leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration und Unterstützung von Geflüchteten.

Kibreab Habtemichael stellt in der Projektwerkstatt die Helping Hands vor – ihre Entstehung, Aktivitäten und Einbettung in die Strukturen und Prozesse vor Ort – und berichtet über Chancen, Herausforderungen und Erfolge. Gemeinsam mit den Teilnehmenden diskutiert er darüber, wie es den Helping Hands gelingt, Geflüchtete in einen Dialog untereinander, sowie mit den Einwohner/innen und weiteren kommunalen Akteursgruppen zu bringen. Wie können Geflüchtete und Kommunen gemeinsam neue Wege zu mehr Teilhabe gestalten?

5. Der Mannheimer Weg. Kommunikation & Partizipation bei der Etablierung und Umsetzung des »Regelwerks Bürgerbeteiligung«

Impuls: Nadja Wersinski, Stadt Mannheim
Moderation: Claudia Peschen, Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH, Bonn

In Mannheim wurde 2017 das »Regelwerk Bürgerbeteiligung« im Zusammenspiel von Verwaltung und Gemeinderat erarbeitet. Im Zentrum des Regelwerks stehen Qualitätsstandards für die Bürgerbeteiligung, die mit Hilfe von neun verschiedenen Beteiligungsmaßnahmen realisiert werden sollen. Aktuell wird das Regelwerk mit der Einwohnerschaft diskutiert. Hierbei werden unterschiedlichen Wege eingeschlagen: Genutzt werden digitale Kanäle wie das neue Mannheimer Beteiligungsportal und Social Media-Instrumente. Zudem gibt es Beteiligungsveranstaltungen zum Regelwerk sowie konkrete Pilot-Beteiligungsprozesse.

In Mannheim besteht in der Tat großer Gesprächsbedarf im Kontext dieses neuen Ansatzes: Sind die Maßnahmen passend? Müssen sie weiterentwickelt werden? Braucht es weitere Elemente? Diese und weitere Fragen werden aktuell gemeinsam mit den Mannheimer/innen in der bis Dezember 2018 laufenden Pilotphase diskutiert. Die Diskussion rund um das Regelwerk befindet sich also in der Endphase, so dass bereits erste Ergebnisse präsentiert werden können.

Nadja Wersinski berichtet in dieser Werkstatt über den Austausch der verschiedenen Akteure im Hinblick auf die Einführung und Realisierung des Regelwerks. Im Rahmen der Werkstatt werden die Kommunikations- und Beteiligungsprozesse rund um die Einführung und Realisierung des Regelwerks Bürgerbeteiligung vorgestellt und mit den Teilnehmer/innen diskutiert. Dabei wird auch die Rolle der Politik bei der Entwicklung und Umsetzung des »Regelwerks Bürgerbeteiligung« in den Blick genommen und es werden die Chancen und Herausforderungen thematisiert, die sich daraus ergeben, dass aus dem Dialog zwischen Verwaltung und Politik erst sukzessive ein Trialog mit den Einwohner/innen werden soll.